Die Friedensbedingungen.

Das Urteil der Börse.

Das unorganisierte Plenum der vielgeschmähten Wiener Börse hat gestern eine Würde und Urteilsreise an den Tag gelegt, die nicht allen Korporationen und Bevölkerungsklassen nachsagen kann. Während die Börsekammer bloß eine Verschiebung des Börsenbeginns angeordnet hatte und lange nicht darüber einig werden konnte, ob die Börse geschlossen werden solle oder nicht, waren die Börsenbesucher von Anfang an entschlossen, keine Geschäfte zu machen und einen Verkehr nicht zuzulassen. Als die Entscheidung der Kammer ungebührlich lange auf sich warten ließ, bestieg ein Börsenmitglied ein Pult im Schranken und forderte in einer lebhaften Rede die Versammelten auf, aus eigener Initiative, ohne die Gültigkeit der Kammer abzuwarten, als Demonstration gegen die ungeheuerlichen Friedensbedingungen den Verkehr zu sistieren und den Börsensaal zu verlassen. Diese Aufforderung wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen, und der Saal war schon halb geräumt, als ein Vertreter der Kammer erschien und die offizielle Schließung der Börse für zwei Tage mitteilte. Diese Haltung der Börse war keineswegs durch egoistische Interessen begründet. Es war keineswegs ein Sinken der Kurse oder gar eine Deroute zu erwarten. Schon vor Beginn der Börse ließ sich erkennen, daß mehr Geld als Ware da war und daß eher eine Steigerung der Kurse zu erwarten sei. Aber gerade dieser Umstand war ein Motiv für die Schließung. Ein glatter Börsenverlauf zu behaupten oder steigenden Kursen wäre dahin interpretiert worden, daß die Börse die Friedensbedingungen gar nicht für so schrecklich ansehe. Tatsächlich wurden sie für ungeheuerlich, für geradezu wahnhaft gehalten, der Staatsbankrott und der völlige Zusammenbruch der Währung als ihre unabweidliche Wirkung angesehen. Aber die Börse hat in der Beurteilung katastrophaler Tatsachen bereits eine gewisse Gewandtheit; und so zog man aus der völligen Entwertung des Geldes, welche die Aktivierung dieser Friedensbedingungen zur Folge haben müßte, den Schluß, daß es jedenfalls besser sei, Aktien als Geld zu besitzen, da Aktien früher oder später doch wieder einen realen Wert erhalten würden.

Allgemein wurde an der Börse die Ansicht geäußert, daß dieser Friedensentwurf nicht einmal zum Gegenstand meritorischer Verhandlungen gemacht werden könne, da noch so viele Konzessionen, die von dieser Basis aus gemacht würden, unseren völligen Ruin nicht hindern könnten. Solange man Deutschösterreich als einzigen Repräsentanten der Monarchie oder Zisleithaniens behandelt und den deutschen Friedensentwurf mechanisch auf uns anwendet, so lange muß dieser Friede für uns zehnfach schlechter sein als der deutsche, da für die Kosten, die man Deutschland auferlegt, doch etwa fünf Sechstel des früheren Gebietes und der früheren Bevölkerung aufzukommen haben, bei uns aber ein Sechstel oder ein Achtel. Die deutschösterreichische Delegation müsse in ihren Gegenanschlägen auf eine ganz andere Grundkonstruktion des Friedensvertrages bringen, die vorliegende Grundlage, die Fiktion, daß Deutschösterreich Oesterreich sei, dürfe sie unter gar keinen Umständen akzeptieren. Denn etwas Besseres als die Unterzeichnung dieses Vertrages — und würde er noch so sehr modifiziert — könne uns überhaupt nicht passieren.

Die Konstruktion des Friedensvertrages.

Es ist tatsächlich ein Verbrechen und ein Wahnsinn zugleich, daß der Rat der Vier — wohl hauptsächlich unter dem Einfluß der Tschechen — es unternommen hat, Deutschösterreich — und eventuell noch Magyaren — als einzigen Repräsentanten der nicht mehr existierenden österreichisch-ungarischen Monarchie zu behandeln und ihm einen Frieden vorzulegen, der nur im Namen der Monarchie unterzeichnet werden könnte. Die Monarchie existiert nicht mehr, es besteht auch kein Wille mehr, sie zu vertreten. Es war auch gar nicht mehr notwendig, mit ihr überhaupt einen Frieden abzuschließen, da keiner der neuemstandenen Staaten mit der Entente im Kriege steht; es hätte völlig genügt, wenn die Entente das gegenwärtige Verhältnis dieser Staaten, die allein ohne Gewalt unter sich nicht einig

werden können, nach Grundsätzen der Billigkeit und Gerechtigkeit, allenfalls auch unter Berücksichtigung eigener Interessen, schiedsrichterlich geordnet hätte. Wollte die Entente aber schon absolut einen formellen Friedensschluß mit der Monarchie haben — sei es, um das Recht auf Kriegsentwädigung nicht zu verlieren oder aus anderen Gründen — so mußte sie künstlich einen Willen schaffen, der die Monarchie zu diesem Zwecke vertreten konnte, und das konnte nur durch die Zusammenfassung aller neuen Staaten geschehen. Statt dessen ist es nun so gekommen, daß alle diese Staaten außer Deutschösterreich, Magyaren und der Westukraine auf der Entente-Seite, neben den Siegerstaaten, als Entwädigungsforderer dastehen und ganz allein auf der anderen Seite Deutschösterreich. Dabei ist doch ganz klar, daß, wenn die Resultate des Friedens vorweg genommen und z. B. die Tschecho-Slowakei schon jetzt als ein selbständiger unabhängiger Staat anerkannt wird, ein Friedensschluß gar nicht mehr nötig und gar nicht mehr möglich ist.

Diese ganz unmögliche, unrechtliche und haltlose Konstruktion konnte überhaupt nur aufgebaut werden auf dem ähnlichen Klang der Namen „Deutschösterreich“ und „Oesterreich“. Trotzdem kann man nicht behaupten, daß es der Entente gelungen ist, sie auch nur halbwegs plausibel zu machen. Es heißt z. B. in der Einleitung des Friedensvertrages:

In Anbetracht, daß auf Wunsch der ehemaligen k. u. k. österreichisch-ungarischen Regierung Oesterreich-Ungarn ein Waffenstillstand am 3. November 1918 von den alliierten und assoziierten Hauptmächten gewährt wurde, damit ein Friedensvertrag (soll mit Oesterreich-Ungarn) geschlossen werden könne.

„In Anbetracht, daß die Oesterreichisch-ungarische Monarchie heute aufgehört hat zu existieren und daß an ihre Stelle in Oesterreich eine republikanische Regierung getreten ist.“

Also: in Anbetracht dieses Umstandes, sowie daß der tschecho-slowakische Staat und der serbisch-kroatisch-slowenische Staat — nicht einmal vom polnischen ist hier die Rede — als freie, unabhängige und verbündete Staaten anerkannt wurden, wird der Friede statt mit Oesterreich-Ungarn mit der „Republik Oesterreich“ geschlossen. Wie kann man aber sagen, daß an die Stelle der österreichisch-ungarischen Monarchie die deutschösterreichische Republik getreten ist? An die Stelle der österreichisch-ungarischen Monarchie sind so und so viele neue Nationalstaaten getreten. Und nur infolge der Namensähnlichkeit war es überhaupt möglich, „Oesterreich“ für „Deutschösterreich“ zu substituieren und für Oesterreich (Zisleithanien) Deutschösterreich verantwortlich zu machen. Hätten wir uns Osmar genannt, so hätte auch der gerissenste Sophist nichts daraus ableiten können, daß in der Osmar die osmanische Republik die frühere Regierung abgelöst habe.

So schlecht die Fiktion begründet ist, so unmöglich sind die Konsequenzen, die nun daraus gezogen werden, indem nunmehr ganz ohne Bedanken alle Friedensbedingungen, die man Deutschland gestellt hat, Deutschösterreich auferlegt werden. Das Allertrasseste ist, daß man in weiterer Folge allen Nationalstaaten das Recht einräumt, zu allen Rechtsverletzungen, die die kriegführenden Staaten sich während des Krieges gegenüber den feindlichen Staatsbürgern erlaubt haben. Diese Konfiskationen des feindlichen Privateigentums müßten im Friedensvertrag nach Völkerecht aufgehoben werden, aber die Entente hat sich im Vertrag mit Deutschland das Recht vorbehalten, diesen konfiszierten Besitz auf die Kriegsentwädigung zu kompensieren. Den Nationalstaaten jedoch, auch den Tschechen, Polen und Slowenen, die mit Deutschösterreich niemals Krieg geführt haben und die daher auch keine Kriegsentwädigung fordern können, wird nun das Recht eingeräumt, den privaten deutschösterreichischen Besitz, der sich bei ihnen befindet, nachträglich, nach dem Kriege zu konfiszieren, unter Aufstellung der Fiktion, daß sie sich seit dem November 1918 — also zu einer Zeit, wo der Krieg schon beendet war, mit Deutschösterreich im Kriege befinden. Das ist eine Verge-
wältigung, ein Rechtsraub, für den es tatsächlich vor der Aera des Völkerechts kein Präzedenz in der Weltgeschichte gibt. Für Deutschösterreich bedeutet es den Verlust des einzigen wertvollen Vermögens, das es besitzt, und das es ihm vielleicht erwidern hätte, in der Zukunft

Lebensmittel und Rohstoffe aus den Nationalstaaten zu beziehen. All unser erworbenes Reichtum ist mit einem Male dahin. Dann sollen wir noch die Kriegsschulden allein bezahlen, die Milliarden von Banknoten, die im Zollausslande umlaufen, allein einlösen, alle sonstigen während des Krieges in Deutschland und im neutralen Ausland aufgenommenen Kredite allein bezahlen. Wir würden das natürlich nicht tun, weil es unmöglich ist. Ein williger Bankrott ist das einzige, was uns bleibt, als bloße Folge zweier — und vielleicht noch nicht einmal der ärgsten — Friedensbedingungen.

Die Forderungen und Guthaben in den von Deutschösterreich abgetrennten Gebieten.

Nach Artikel 48 der Friedensbedingungen sollen Deutschösterreich die Guthaben der Angehörigen der anderen Nationalstaaten in der Währung zurückzahlen, die „im Zeitpunkt“ der Zahlung im Staate des Empfängers gilt. Hierbei wird aber aber eine Umrechnung statuiert. Die in der ursprünglichen Währung ausgebrückte Zahlungssumme ist zum Durchschnittskurs der Genfer Börse des Oktober 1918 in Schweizer Franken umzurechnen und die so umgerechnete Franksumme ist zum Kurs des Rückzahlungstages in die Währung des Zahlungsempfängers umzuwandeln.

Zum besseren Verständnis der vorstehenden Bestimmung lassen wir ein Umrechnungsbispiel folgen. Im Oktober 1918 ergab sich in der Schweiz ein Durchschnittskurs von rund 44.90 Franz für 100 Kr. Ein auf 100 Kronen lautendes Guthaben eines Angehörigen Tschecho-Slowakiens würde demnach, so umgerechnet, 44.90 Franz entsprechen. In Zürich notierten gestern 100 Kronen 20.—, was für 44.90 Franz 141.88 tschecho-slowakische oder — zum Kurs von 61.— — 232.80 deutschösterreichische Kronen ergibt. Nach dieser für Deutschösterreich geradezu mörderischen Bedingung der Entente müßte der Deutschösterreichler seinem tschecho-slowakischen Gläubiger für dessen bisherige Forderung von 100 Kronen nunmehr rund 141.88 tschecho-slowakische, resp. 232.80 deutschösterreichische Kronen bezahlen.

Dabei gehen die Entente, ihre Berater aus Tschechien, Polen und Jugoslawien soweit, Deutschösterreich nicht einmal so zu behandeln, wie Deutschland! In den deutschen Friedensbedingungen ist für diese Abrechnung die Reziprozität zugestanden, gegenüber Deutschösterreich hielt man sich für berechtigt, diese Reziprozität zu versagen!

Eigentum, Rechte und Interessen von Deutschösterreichern.

Die alliierten und assoziierten Regierungen befaßten sich im Artikel 49 das Recht vor, alles Eigentum, alle Rechte und Interessen von Deutschösterreichern oder von ihnen kontrollierten Unternehmungen, die im Gebiete eines der anderen Nationalstaaten bestehen, zurückzubehalten und zu liquidieren. Deutschösterreich wird die Verpflichtung auferlegt, die durch diese Liquidationen depossidierten Deutschösterreichler schadlos zu halten.

Diese Gewaltmaßregel behältigt die kürzlich in Polen verfügte Entziehung des in der Petroleum-Industrie tätigen Kapitals Deutschösterreichs ganz ebenso, wie sie Tschecho-Slowaken oder Jugoslawien berechtigt, dem deutschösterreichischen Aktionär einer in Tschecho-Slowaken oder Jugoslawien tätigen Unternehmung seinen Aktienbesitz als verfallen zu erklären. Der deutschösterreichische Kapitalist wird kurzweg an den deutschösterreichischen Staat verwiesen, der für alles das aufkommen soll! Für Tschecho-Slowaken, Polen und Jugoslawien ist das allerdings der einfachste und — billigste Weg, über das bei ihnen vertretene Kapital Deutschösterreichs zur Tagesordnung überzugehen. Für Deutschösterreich bedeutet auch das einen Schritt mehr zum Staatsbankrott, aber auch den Bankrott des Einzelnen in Deutschösterreich, da dieser ja an den deutschösterreichischen Staat verwiesen wird!

Die verkehrspolitischen Bedingungen.

Deutschösterreich soll sich verpflichten, Bahnbauten durch die Entente auf seinem Gebiete ausführen zu lassen. Besonders erwähnt werden hierbei die Prebil- und die Reschen-Linie mit Beiträgen Deutschösterreichs.

Die Prebil-Linie. Diese Linie wurde im bisherigen Oesterreich aus strategischen Rücksichten nicht gebaut, obwohl sich ihre Herstellung viel billiger und besser als die der als Anschließ an die Tauernbahn gewählten Barental-Triester Linie gestellt hätte. Die Prebil-Linie zieht von Tarvis über Raibl, den Prebil durch das Fonzotal (mit den Städten Fälsch, Karfreit, Tolmein und Canale nach Görz. Infolge der schon gebauten Strecke kommt nur mehr die Strecke Santa Lucia—Tarvis in Betracht. Ein Stollen, der bei Tolmein in der Länge von etwa 7 Kilometer für Bergbauzwecke vorgetrieben worden und der auch während des Krieges erhalten geblieben ist, wird es ermöglichen, die Tunnelanlage rasch und sicher herzustellen, da der Stollenbau verlässlichste Grundlagen für die Beurteilung der Gesteinsbeschaffenheit bietet. Außer diesem Stollentunnel ist übrigens auch ein zweiter in der Länge von etwa 2 Kilometer vorhanden. Die Baukosten dieser Strecke wurden seinerzeit mit etwa 25 Millionen Kronen beziffert. Die Studien der Prebil-Linie reichen bis zum Jahre 1871 zurück.

Die Reschen-Linie. Bei der sogenannten „Reschen“-Linie handelt es sich um den Ausbau der B i n s c h g a u e r B a h n, deren Herstellung von Meran aus begonnen wurde. Diese 72 Kilometer lange Strecke ist bereits im Betriebe, die nördliche Endstrecke Landeck—Pfundz ist im Bau begriffen. Es handelt sich also um die Herstellung der Verbindung mit Meran nach Süden. Die Binschgauer Bahn soll späterhin von der Schweiz mittels der sogenannten Ofenberg-Bahn mit der östlichen Schweiz, dem Engadin verbunden werden. Außerdem sollen aber auch noch andere Linien neu gebaut oder ausgestaltet werden, wobei die Kostenaufteilung proportional zu den Vorteilen erfolgen soll, welche die interessierten Mächte von diesen Arbeiten haben werden.

Die Eisenbahn-Einnahmen als Pfand.

Für die Forderungen der Alliierten, vor allem für die Besatzungskosten, für die Kosten der Lebensmittelfuhrten, etc., sollen auch die Eisenbahneinnahmen verpfändet werden! Dies wiegt um so schwerer, als die eigentlich ergiebigen Linien (Nordbahn) ja in den Besitz Tschechiens und Polens übergehen, während uns die kostspielig gebauten und betriebenen, sowie weniger dicht befahrenen Alpenbahnen mit ihrem hohen Schuldenstand bleiben. Die Betriebseinnahmen haben schon früher auch nicht eine annähernde Anlagelapitalverzinsung ermöglicht — im Jahre 1915/16 136 Prozent und 1916/17 gar kein Zinsenbeitrag! — und nun sollen diese an sich unzureichenden Transporteinnahmen auch noch als Pfand dienen, in einer Zeit, in der die Betriebsausgaben in gar keinem Verhältnis zu den Betriebseinnahmen steigen.

Bindung der Donau- und Adriatarrife.

Deutschösterreich soll sich verpflichten, unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 6 auf seinen eigenen Linien die vor dem Kriege für den Verkehr der adriatischen Häfen, der Schwarzen Meer-Häfen bestehenden Tarife aus dem Gesichtspunkte ihrer Konkurrenz mit den deutschen Nordseehäfen aufrechtzuerhalten. Das bedeutet, daß Deutschösterreich die tarifrische Aufzuchtung Triests und des Donauverkehrs weiter fortsetzen muß, obwohl Triest an Italien übergegangen, und obwohl die Donau weit nach Ungarn hinauf in jugoslawischen und rumänischen Besitz übergegangen ist.